

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Förderung des Friedensprozesses in der Westsahara

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
zur Förderung des Friedensprozesses in der Westsahara sowohl
bilateral als auch im Rahmen der Mittelmeerpolitik der Europäischen
Union aktiv beizutragen,
insbesondere auf direkte Gespräche zwischen den Konfliktpartei-
en Marokko und Frente Polisario hinzuwirken sowie
auf vertrauensbildende Maßnahmen wie den raschen Austausch
der Kriegsgefangenen und die Ermöglichung wechselseitiger Be-
suche von Familienangehörigen, die durch die Frontlinien seit Jah-
ren an einem Zusammenkommen gehindert sind, zu drängen.

Bonn, den 8. Oktober 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Rudolf Scharping und Fraktion
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Der Deutsche Bundestag ist über den festgefahrenen Friedens-
prozeß in der Westsahara besorgt. Die im Friedensplan der
Vereinten Nationen vorgesehene Durchführung eines Referen-
dums ist in weite Ferne gerückt, nachdem – durch das gegenseitige
Mißtrauen der Konfliktparteien bedingt – die Identifizierung
der an der Abstimmung berechtigten Teilnehmer zum Stillstand
gekommen ist. Der Deutsche Bundestag sieht die Gefahr, daß eine
friedliche Lösung des Konflikts zwischen Marokko und der Frente
Polisario gänzlich scheitert.

Angesichts des festgefahrenen Friedensprozesses schwindet das
Interesse der Staatengemeinschaft am Konflikt. Der Sicherheitsrat
hat nach der wiederholten Verlängerung des Mandats der Mission
der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara

(MINURSO) den VN-Generalsekretär in der Resolution 1042 vom 31. Januar 1996 bereits aufgefordert, für den Fall des Ausbleibens greifbarer Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensplans ein detailliertes Programm für den etappenweisen Abzug der MINURSO-Kräfte auszuarbeiten.

Bei einem völligen Scheitern des Friedensprozesses ist ein erneuter Ausbruch der kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien wahrscheinlich. Diese würden zu neuen Opfern, zusätzlichen Menschenrechtsverletzungen und weiteren Flüchtlingsströmen führen sowie die Region zusätzlich destabilisieren.

Diese drohende Entwicklung würde nicht nur den Konfliktparteien und der Region schaden, sondern auch die von der EU und den zwölf Mittelmeeranrainerstaaten in Barcelona vereinbarte engere Zusammenarbeit erheblich erschweren. Der EU kann es nicht gleichgültig sein, ob in Nordafrika wieder ein kriegesischer Konflikt entbrennt. Die Bundesregierung sollte deshalb dafür eintreten, daß der gefährdete Friedensprozeß in der Westsahara im Rahmen der neuen Mittelmeer-Partnerschaft von der EU thematisiert wird und diese in Abstimmung mit den Vereinten Nationen einen neuen diplomatischen Versuch zur Entschärfung und friedlichen Beilegung des Konfliktes unternimmt. Aufgrund des Ansehens Deutschlands bei den Konfliktparteien Marokko, Frente Polisario und Algerien steht die Bundesregierung in der Verantwortung, die Initiative für eine friedliche Lösung des Westsaharakonfliktes zu ergreifen.